



## Änderungsantrag-Nr. VII-DS-09329-ÄA-06

Status: öffentlich

Eingereicht von:  
**CDU-Fraktion**

Stammbaum:  
VII-DS-09329 Dezernat Stadtentwicklung  
und Bau  
VII-DS-09329-DS-01 Dezernat  
Stadtentwicklung und Bau  
VII-DS-09329-ÄA-03 SPD-Fraktion  
VII-DS-09329-ÄA-04 Fraktion DIE LINKE  
VII-DS-09329-ÄA-05 Fraktion Freibeuter  
VII-DS-09329-ÄA-06 CDU-Fraktion

Betreff:

**Konzept zur Verkehrsberuhigung in Volkmarsdorf und Neustadt-Neuschönefeld nördlich der Eisenbahnstraße**

Beratungsfolge (Änderungen vorbehalten):  
Gremium

Voraussichtlicher  
Sitzungstermin

Zuständigkeit

Ratsversammlung

Beschlussfassung

### Beschlussvorschlag

Das bestehende Projekt wird nicht ausgedehnt. Ein unabhängiges, externes Fachbüro wird evaluieren, was beim Projekt gut läuft, eventuell auch auf andere Gebiete übertragbar ist und was gar nicht funktioniert bzw. die Nachteile des Versuchs sind. Vor einer Ausweitung des Superblock-Modells auf andere Straßen wird die dort wohnende Bevölkerung durch das Amt für Statistik und Wahlen befragt ("ja" / "nein"), ob sie diese Maßnahme haben möchte. Gleichzeitig erfolgt eine Befragung der Gewerbetreibenden in den betroffenen Gebieten. Auf Basis dieser Ergebnisse wird dann über eine Umsetzung entschieden. Ebenso teilt die Verwaltung die konkreten Auswirkungen (z.B. neue Pflanzen, Fahrradstellplätze, Verweilzonen, wegfallende Parkplätze, Anlieferungen) mit.

### Sachverhalt

Bisher ist es dem Projekt nicht gelungen alle Akteure und Anlieger einzubeziehen. Die zahlreichen Zuschriften für Pro und Contra zeigen: Ein ganz großer Teil der Bevölkerung nördlich der Eisenbahnstraße fühlt sich beim nun geplanten Schritt überhaupt nicht mitgenommen. Auch die Gewerbetreibenden haben das in einer Umfrage der Kammern deutlich zum Ausdruck gebracht. Dagegen möchte die Verwaltung nun eine Entscheidung auf Basis einer – wie sie selbst in der Vorlage schreibt - "nicht repräsentativen" Umfrage der Initiatoren des Superblocks umsetzen. So etwas darf nie die Basis des Handelns der Leipziger Verwaltung sein und würde bei anderen Projekten nicht einmal beachtet. Ebenso sind Petitionen – ob Pro oder Contra – ungeeignet, kann doch dabei jeder unterschreiben, der möchte. Ebenfalls vollständig ausgeblendet werden die zahlreichen Beschwerden der direkten Anwohner des Projektumfelds, die nun Partylärm, Vermüllung und zunehmenden Parksuchverkehr erdulden müssen. Außerdem können viele wegen der eventartigen Geräuschkulisse abends die Fenster nicht mehr öffnen.

Daher fordern wir die Verwaltung auf, endlich die zu befragen, die es wirklich betrifft: Die Anwohner des Projektbereichs und später die Anwohner sowie die Wirtschaft in den geplanten Gebieten. Auch ist von der Verwaltung zu erwarten, dass sie die konkreten Folgen für den Verkehr in den geplanten Quartieren mitteilt. Eine Aussage wie in der Vorlage, dass dies jetzt noch nicht möglich ist, spricht dafür, dass noch nicht alle Fakten vorliegen oder ausgewertet wurden. Das darf nicht Basis einer Vorlage sein. Die Stadtverwaltung kann nicht erwarten, dass der Rat eine wichtige Entscheidung trifft, ohne die genauen Auswirkungen zu kennen.

Anlage/n  
Keine